

Bernhard KUHNT

geb. 24.2.1876 Leipzig

gest. 22.1.1946 Westensee bei Kiel

Maschinenschlosser, Präsident der Republik Oldenburg-Ostfriesland, MdR

konfessionslos

(BLO III, Aurich 2001, S. 249 - 251)

Kuhnt absolvierte nach dem Besuch der Volksschule eine Lehre als Maschinenschlosser, ging dann auf eine zweijährige Wanderschaft durch Deutschland und fuhr anschließend als Maschinist zur See. Von 1897 bis 1899 war er Soldat bei der Marine und Heizer auf der SMS Augusta. Er arbeitete dann bei Blohm und Voß in Hamburg und bei der AEG in Berlin. Daneben war er im Metallarbeiterverband, in der SPD und bei den Konsumgenossenschaften ehrenamtlich aktiv. Von September 1906 bis Juni 1911 war er besoldeter Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Kiel, von 1908 bis 1911 war er Stadtverordneter in Kiel. Von Juli 1911 bis zu Beginn des Ersten Weltkriegs war er hauptamtlicher Parteisekretär der SPD in Chemnitz, dem Wahlkreis des späteren Reichswehrministers Gustav Noske. Bei Kriegsbeginn wurde Kuhnt als Oberheizer zur Marine nach Wilhelmshaven einberufen.

Kuhnt organisierte mit Gesinnungsgenossen konspirativ die erste große Demonstration nach der Meuterei auf der Hochseeflotte am 6. November 1918 in Wilhelmshaven. Sie stellten vermutlich auch die Delegation, die danach mit dem Chef der Marinestation Nordsee verhandelte. Ein Ergebnis war, daß der Admiral eine Vertrauenskommission billigte, die wohl aus den gleichen Leuten bestand. Daraus entwickelten sich Soldaten- und Arbeiterräte. Eine Vollversammlung wählte einen „Einundzwanzigerrat“, der nun die Gewalt in Wilhelmshaven übernahm; die laufenden Geschäfte führte eine „Fünferkommission“. In beiden Gremien führte Kuhnt den Vorsitz.

Auf einer zweiten Großdemonstration am 8. November 1918 rief Kuhnt eine „Sozialistische Republik“ aus. Diese Republik sollte das Gebiet des Großherzogtums Oldenburg sowie die zu Preußen gehörenden Teile der „Festung Ostfriesland“ – das waren Teile des Landkreises Wittmund mit der Gemeinde Wilhelmshaven – umfassen. Der Oldenburger Großherzog, den Kuhnt für abgesetzt erklärte, trat in der Tat am 11. November zurück. Die Sozialdemokraten, die Liberalen sowie das Zentrum bildeten mit zwei Fachministern der alten Regierung unter dem Namen „Direktorium“ eine provisorische Regierung. Kuhnt wurde Präsident der nun allgemein so genannten „Republik Oldenburg-Ostfriesland“.

Die Mehrheit im Direktorium, mit Paul Hug (SPD) und Theodor Tantzen (Liberalen), unterstützte die Politik Friedrich Eberts und der SPD. Kuhnt hingegen war für eine radikale Veränderung des politischen und wirtschaftlichen Systems, fand aber in der Region nur schwachen Anhang. An den zentralen Tagungen der Soldatenräte haben nur einmal Ostfriesen teilgenommen. Für die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 bildeten das Land Oldenburg und der Regierungsbezirk Ostfriesland einen Wahlkreis, in dem sieben Mandate zu vergeben waren. Die Oldenburger Sozialdemokraten wollten eine gemeinsame Liste aller Sozialdemokraten und räumten Kuhnt den noch sicheren Listenplatz Zwei ein. Kuhnt, der für die Liste eine Parität zwischen linkem und rechtem Flügel gefordert hatte, war damit gescheitert. Der „Einundzwanzigerrat“ forderte ihn auf, nicht mit den

„Konterrevolutionären“ Hug und Jordan gemeinsam zu kandidieren. Statt dessen wurde beschlossen, eine eigene Liste der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, USPD“ mit den Spitzenkandidaten Wilhelm Dittmann, Berlin, und Bernhard Kuhnt, Wilhelmshaven, aufzustellen. Kuhnt beugte sich und brach mit seiner Partei SPD. Bei der Wahl hatte er keine Chance.

Durch die zügige Demobilisierung sank die Zahl der Soldaten, auf deren Mandat sich Kuhnt berief. Hinzu kamen wachsende Spannungen innerhalb des Gremiums; Erfolge blieben aus. In dieser Situation putschten die Kommunisten am 27. Januar 1919 in Wilhelmshaven. Der „Einundzwanzigerrat“, vor allem Kuhnt und der Chef des Sicherheitswesens Dorn, wußten bereits am Vorabend von den bevorstehenden Ereignissen, ohne etwas zu unternehmen. Mit Beginn des Putsches flohen Kuhnt und Dorn aus der Festung, verhinderten damit ein entschlossenes Eingreifen und lähmten den „Einundzwanzigerrat“. Mit Beginn von Verhandlungen am Nachmittag dieses Tages kehrten Kuhnt und Dorn zurück. Der Putsch wurde von Berufssoldaten niedergeschlagen. Die Erklärung Kuhnts, er habe um sein Leben gefürchtet und sei deshalb geflohen, ist wenig glaubhaft, die Kommunisten hatten ihn auf ihrer Regierungsliste.

Am 29. Januar 1919 mußte Kuhnt, der ja noch immer Soldat war, nach Berlin zum Rapport beim Reichswehrminister Noske. Ihm mußte er versprechen, die nächsten vier Wochen nicht nach Wilhelmshaven zurückzukehren. Der „Einundzwanzigerrat“ beurlaubte ihn zur Wiederherstellung seiner Gesundheit. Am 28. Februar wurde er in Oldenburg wegen Förderung spartakistischer Umtriebe festgenommen, jedoch in den Märzkämpfen in Berlin wieder befreit. Sein Amt als Präsident der Republik Oldenburg-Ostfriesland verlor er durch Beschluß des Direktoriums erst am 3. März 1919.

Von 1920 bis 1933 war Kuhnt Reichstagsabgeordneter, zunächst für die USPD und nach deren Spaltung 1922 für die SPD, jeweils im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau gewählt. Für seine Fraktion war er als Wehrexperte tätig. Im Dritten Reich wurde er verfolgt, in Chemnitz von der SA öffentlich gedemütigt (die Postkarten, die die SA davon verbreitete, sind ein frühes Beispiel für den NS-Terror) und war von März 1933 in Schutzhaft, dann bis zum 20. Juli 1934 im Konzentrationslager. 1935 siedelte er nach Berlin über. Für seinen Lebensunterhalt mußte er als Hausmeister arbeiten.

Literatur: DBA II und III; DBE 6, S. 162; Wilhelmshavener Heimatlexikon, hrsg. von Werner B r u n e, Band 2, Wilhelmshaven 1987, S. 119; Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg, hrsg. von Hans F r i e d l u. a., Oldenburg 1992, S. 399-400 (Wolfgang G ü n t h e r) (Portr.); Gustav N o s k e, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920; Die ‚Republik Oldenburg-Ostfriesland‘ 1918/19, in: Unser Ostfriesland. Beil. zu Ostfriesen-Zeitung, 1957, Nr. 9 (Portr.); Johann C r a m e r, Der Rote November 1918, Wilhelmshaven 1968; Wolfgang G ü n t h e r, Die Revolution von 1918/19 in Oldenburg (Oldenburger Studien, 18), Oldenburg 1979; Wolfgang W e t t e, Gustav Noske, Düsseldorf 1987; Hartmut B ü s i n g und Johann C r a m e r, Das Volk vom Elend zu erretten <Arbeitermarseillaise>. Revolution in Rüstringen und Wilhelmshaven (Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Rüstringen und Wilhelmshaven, 4), Oldenburg 1988; M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, hrsg. von Martin S c h u m a c h e r, 3. Aufl., Düsseldorf 1994, Nr. 863 [mit Abb. der SA-Demütigung]; Biographisches Handbuch der Reichsrätekonferenzen 1918/19, bearb. von Sabine R o ß, Düsseldorf 2000, S. 167.

Rudolf Nassua